

Tiefschlag für bürgerschaftliches Engagement!?

Liebe bürgerschaftlich engagierte Mitbürger u. Mitbürgerinnen in Minden,
Sehr geehrte Damen und Herren,

In den letzten Tagen und Wochen ist bei der Fülle der Informationen zum Thema Kriege und Menschenrechtsverletzungen im Nahen Osten und Afrika ein Thema mit hoher politischer Brisanz fast untergegangen:

Engagierte Bürger –etliche auch davon in Minden- haben für Flüchtlinge und deren Angehörige Bürgschaften übernommen, im guten Glauben, dass diese mit der Anerkennung der betroffenen Personen als Asylberechtigte enden. Darüber hinaus haben einige Mindener Familien von sich aus freiwillig bis zu einem halben Jahr die Kosten für solche Flüchtlinge übernommen, die mit befristeten Visa legal nach Deutschland eingereist sind.

Das Bundesverwaltungsgericht hat nun festgestellt, dass die Neufassung des Integrationsgesetzes im August 2016 es ermöglicht, dass die Bürgen für diejenigen Flüchtlinge, die dann in Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt haben (selbst wenn dieser positiv beschieden worden ist!), mehrere Jahre zur Zahlung des kompletten Lebensunterhaltes herangezogen werden können (s. Artikel aus dem Publik-Forum).

Zunächst hatten Länder wie Hessen u. NRW u. auch deren Kommunen den betroffenen Bürgern den Rücken gestärkt und, gedeckt durch Verwaltungsgerichtsentscheidungen, die Meinung vertreten, dass mit der Anerkennung der Flüchtlinge als Asylberechtigte die Bürgschaftsverpflichtungen endeten. „Eigentlich ist das ein Konflikt zwischen Bund und Ländern, der nun auf dem Rücken der Bürgen ausgetragen wird.“ (R.A. Theisen)

Auch in Minden sind die ersten Bescheide (in einem Fall konkret :16.887,22 €; ca. 20 Rückforderungen des Sozialamtes soll es geben?) verschickt worden. Das Mindener Job-Center ist, soweit bekannt, noch nicht tätig geworden.

Unabhängig von der juristischen Bewertung des Sachverhalts stellt sich für alle Mindener Bürger/innen, die für Weltoffenheit, Vielfalt u. Toleranz eintreten, sich in Patenschaften, Sprachkursen u. individuellen Hilfsangeboten für Flüchtlinge hier in unserer Stadt engagieren, doch die Frage:

- Waren/sind die Appelle zu bürgerschaftlichem Engagement, Hilfsbereitschaft u. Solidarität nur Sonntagsreden?

- Was können wir tun, um den Betroffenen zu helfen und damit auch einen Beitrag für einen offenes, fremdenfreundliches Minden zu leisten?

Zunächst einmal öffentliche Bekanntmachung dieses Skandals!

Anfragen an alle politischen Verantwortungsträger, was sie in ihrem Verantwortungsbereich tun können/wollen!

Nicht zuletzt auch finanzielle Unterstützung der betroffenen Bürgen bei der weiteren juristischen Klärung dieses Streits!

Für Betroffene und Engagierte steht das Welthaus Minden als Ansprechpartner zur Verfügung. Wir streben an, uns zu vernetzen und eine Petition einzureichen.

Selbstverständlich ist ein (hoffentlich vorläufiges) Bundesverwaltungsgerichtsurteil zu respektieren – dass damit alle politischen Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, wollen wir nicht akzeptieren.

Wir hoffen auf Ihre/Deine Unterstützung.

Freundliche Grüße

Manfred Stock (Vors. Minden für Demokratie und Vielfalt mail:manfred.stock49@gmx.de,
Tel. 0571-82931), Katja Sonntag (Welthaus Minden, Tel. 057124417 mail:k.sonntag-info-3.welt@email) , Hans Langescheid (Tel. 0571- 29309) und Doris Pütz (puetz-minden@googlemail.com)